

Die Vertreibung

Die Debatte um die Aussiedlung der deutschen Bevölkerung in der Tschechoslowakei und ihre politische Bedeutung*

Die Zwangsaussiedlung der deutschen Minderheit aus der Tschechoslowakei in der Mitte der vierziger Jahre unseres Jahrhunderts war zweifellos einer der tiefsten Einschnitte in die politische, soziokulturelle und demographische Struktur der böhmischen Länder. Obwohl mehr als vierzig Jahre zurückliegend, haben dieses Ereignis und die aus ihm resultierenden Probleme erst jetzt viele Bürger der Tschechoslowakei zum Nachdenken veranlaßt. Die Notwendigkeit, den tschechoslowakischen Weg nach Europa näher zu bestimmen, die Stellung der Tschechoslowakei in Europa neu zu definieren und die tschechoslowakische Außenpolitik auf die in jüngster Zeit stark veränderten Rahmenbedingungen abzustimmen, erzwingt rasche Antworten, die jedoch zum jetzigen Zeitpunkt

kaum jemand – und dies nicht nur in der Tschechoslowakei – zu geben vermag. In diesen Tagen sprechen viele von der notwendigen Neubestimmung des deutsch-tschechischen Verhältnisses, doch erschweren tiefliegende Probleme die Beziehung zwischen Tschechen, Deutschen, Sudetendeutschen und Österreichern, die in diesem Teil Europas an der Grenze zwischen der germanischen und der slawischen Welt seit Jahrhunderten in einer Gemeinschaft leben, die man bis heute jedoch als eine Konfliktgemeinschaft bezeichnen muß.

In keiner der entscheidenden politischen Fragen der unmittelbaren Nachkriegszeit war sich die tschechische Politik so einig wie in der Entschlossenheit zu einer umfangreichen Aussiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakei. Das war nicht immer so. Die Entstehung der Transfer-Idee seit den ausgehenden Dreißigerjahren wurde von Meinungsverschiedenheiten begleitet, die bezeugen, daß sich die Idee eines nationalen Staates der Tschechen und Slowaken auf

* Dieser Text wurde im Frühjahr 1991 abgeschlossen. Jüngste Entwicklungen in den hier behandelten Fragen konnten daher nicht berücksichtigt werden.

der Grundlage der Aussiedlung von Millionen deutscher Bürger nur schrittweise durchsetzen konnte. Selbst der Exilpolitiker Beneš, der sehr oft in der Literatur als Urheber und einflußreichster Verfechter der Transfer-Idee bezeichnet wird, ging Ende der dreißiger Jahre und nachweisbar auch noch Anfang des Jahres 1941 von der Möglichkeit aus, Umsiedlungsaktionen nach Kriegsende mit Gebietsabtretungen zu kombinieren.¹ Eine totale Aussiedlung lehnte Beneš zu diesem Zeitpunkt jedoch ab, weil er sie für unrealistisch und unmoralisch hielt.² Darüber hinaus kann man annehmen, daß Beneš im Londoner Exil die Zusage der britischen Regierung zur Wiederherstellung der tschechoslowakischen Vorkriegsgrenzen nach dem Ende des Krieges nicht gefährden wollte.

In Emigrantenkreisen wurde der Gedanke einer umfangreichen Aussiedlung der Deutschen Anfang der vierziger Jahre keineswegs akzeptiert. Die Aussiedlung wurde als notwendiges Übel gesehen, als ein im Grunde genommen undemokratisches Mittel, „(...) als Gift in einer Kur, und zwar nur dann, wenn die erwarteten Ergebnisse der Aussiedlung – gemessen am Gesichtspunkt beider beteiligten Seiten – in ihrem Ganzen einen positiven Beitrag zu einer endgültigen befriedigenden Lösung darstellen“.³ Einigkeit herrschte darüber, kompromitierte Nazis auszusiedeln, ohne daß diese Gruppe jedoch näher definiert worden wäre. Ein Recht jener Personen deutscher Nationalität, die während des Nationalsozialismus keinerlei Schuld auf sich geladen

hatten, im tschechoslowakischen Nachkriegsstaat zu bleiben, bezweifelte Anfang der vierziger Jahre niemand.

Entscheidend für das Schicksal der deutschen Minderheit in der Tschechoslowakei war das Jahr 1942, denn die zunehmende nazistische Repression führte im Protektorat zu einer Vertiefung der Kluft zwischen den beiden nationalen Gruppen. Anfang des Jahres äußerte Beneš in privaten Gesprächen im Exil die potentielle Möglichkeit einer Aussiedlung einer größeren Anzahl von Deutschen und formulierte sie im April 1942 erstmals auch öffentlich in einer Rede in der *British Press Association*.⁴ Eine Rolle spielte hierfür auch die Ablehnung des Münchner Abkommens durch die Regierungen Großbritanniens und Frankreichs, die trotz gewisser Vorbehalte der britischen Formulierungen als eine Anerkennung der territorialen Integrität des tschechoslowakischen Staates in den Grenzen von 1937 aufgefaßt wurde. Alles schien also für die Herausbildung eines Nationalstaates von Tschechen und Slowaken im Rahmen seiner historischen Grenzen zu sprechen, was jedoch angesichts der nationalen Zusammensetzung der tschechoslowakischen Gesellschaft einen grundsätzlichen Widerspruch in sich barg, der nur zum Nachteil der deutschen Minderheit am einfachsten lösbar erschien, die aufgrund ihrer Haltung in den Jahren 1938–1945 als eventueller Partner bei der Regelung der Nachkriegsverhältnisse nicht mehr in Frage kam. Das bedeutete jedoch keine automatische Übernahme der Aussied-

lungsideen, wie sie später ausgeführt wurden. Denn woran dachte etwa R. Bechyně, als er im August 1942 schrieb, daß „unsere deutsche Frage mit den dem Nazismus abgesehenen Methoden auch nicht gelöst werden kann“?⁵ An Willkür? Gewalt? Vertreibung? Wahrscheinlich nicht. Zwei Jahre später sendete jedoch P. Drtina bereits im Namen von Beneš eine Botschaft in die besetzte Tschechoslowakei, daß die Regierung mit der Möglichkeit der Durchführung eines Transfers der deutschen Bevölkerung rechne, jedoch noch nicht definitiv sagen könne, ob sämtliche der über drei Millionen Deutschen auf Grundlage einer internationalen Regelung ausgesiedelt werden könnten und es auf diesem Weg wohl nur möglich sei, zwei Millionen loszuwerden. Deshalb könne man sich auf eine internationale Regelung nicht verlassen: „Es ist notwendig, daß wir in den ersten Tagen nach der Befreiung vieles selbst erledigen, daß möglichst viele schuldigen Nazis aus Angst vor einer Bürgerrevolte vor uns fliehen (...) und daß möglichst viele derjenigen, die als Nazis sich wehren und Widerstand leisten, in der Revolution erschlagen werden.“⁶ Die Frage ist, ob die (Exil-)Regierung damit absichtlich Emotionen und unkontrollierte Handlungen lanciert hat oder ob sie sich der ‚brisanten Stimmung‘ im Protektorat und der Veränderungen nicht bewußt war, die die Okkupation für das Denken und Handeln der Gesellschaft bedeutete hatte.

Manche Autoren vertreten die Ansicht, daß es andererseits gerade diese

„Stimmung“ im Protektorat und im einheimischen Widerstand gewesen ist, die auf die Formulierungen und Standpunkte der tschechoslowakischen Exilpolitik in der Aussiedlungsfrage wesentlichen Einfluß ausgeübt hat. Das Ausmaß und die konkreten Abhängigkeiten der wechselseitigen Beeinflussung können jedoch (noch) nicht genau benannt werden.

In den Programmen des nichtkommunistischen Widerstands wurden schon in den Jahren 1939–40 präzisere Ansichten zur Lösung der deutschen Frage in der Tschechoslowakei formuliert, von denen einige sehr radikal waren und in vielerlei Hinsicht der Realität des Sommers 1945 nahekamen.⁷ Andere Überlegungen gingen hingegen davon aus, daß die Alliierten einer umfangreichen Aussiedlung der Deutschen nicht zustimmen würden und beschäftigten sich daher mit der eventuellen Möglichkeit einer neuen Grenzziehung, was jedoch auf den Widerstand der radikaleren Gruppen stieß. Die Widerstandsgruppen im Protektorat hatten begrifflicherweise nicht genügend Zeit für Programmdiskussionen. Von verschiedenen Gruppen wurden daher unterschiedliche Meinungen zur Lösung der deutschen Frage geäußert. Der gemeinsame Nenner der unterschiedlichen Positionen war jedoch die Ansicht, daß die Frage differenziert gelöst werden müsse. Dies wird in der Entscheidung deutlich, vor allem Henlein-Anhänger und Nazis zu entfernen, wobei das Prinzip der kollektiven Schuld nicht grundsätzlich in Abrede gestellt wurde.⁸ Man rechnete mit der Erneuerung der Republik in ih-

ren historischen Grenzen, in deren Rahmen auch ein Teil der Deutschen bleiben konnte, jedoch in erheblich reduzierter Zahl und ihres Vermögens und ihrer Wirtschaftspositionen entledigt.⁹ Inwieweit die Überlegungen der Widerstandsguppen mit denen der ganzen Gesellschaft korrespondierten, ist eine andere Frage.

Festzustehen scheint, daß die Programmdiskussionen, an denen ein relativ beschränkter Kreis von Personen teilnahm, den Standpunkt der tschechoslowakischen Bevölkerung bis zu einem bestimmten Grad reflektierten, die Wirkung der differenzierten Diskussionen auf die Öffentlichkeit war jedoch begrenzt. Die öffentliche Meinung in der okkupierten Tschechoslowakei scheint sich daher relativ autonom entwickelt und vor allem auf die nazistische Okkupation reagiert zu haben. Die beobachtbare nationale Radikalisierung ließ erahnen, daß die Lösung der deutschen Frage zur wichtigsten Frage der zukünftigen Innenpolitik werden würde. Als sich auch die Kommunisten im Dezember 1943 zur Ausweisung der Deutschen aus der Republik bekannten¹⁰, war es für keine politische Kraft, die zukünftig mitbestimmen wollte, mehr möglich, in dieser Frage einen anderen, sei es auch nur etwas differenzierteren Standpunkt einzunehmen.

Im Sommer 1945 bestand daher eine relativ geschlossene Meinung über die Frage der Aussiedlung, die nur durch die Autorität des Präsidenten Beneš hätte aufgebrochen werden können, doch wie bekannt unternahm Beneš keine dies-

bezüglichen Anstrengungen. Für die Regierung war die erregte, nationalistisch gestimmte öffentliche Meinung ein willkommenes Druckmittel für die Verhandlungen mit den Großmächten. Die tschechoslowakische Regierung befürchtete nämlich, daß Veränderungen die Meinung in den westeuropäischen Ländern verändern und die sich abzeichnenden Probleme zwischen den beiden Großmächten der ‚Antihitlerkoalition‘ die Durchführung des Transfers gefährden, wenn nicht sogar vereiteln könnten. Jeder Deutsche, der aus welchen Motiven und auf welchen Wegen auch immer die Tschechoslowakei verließ, war deshalb – obgleich es paradox klingt – willkommen. Verhängnisvoll war jedoch die Tatsache, daß weder die Regierung noch die politischen Parteien effektive Mittel besaßen, die erregte antideutsche Stimmung zu kontrollieren. Der Grund dafür war nicht nur die Absenz eines funktionierenden Staatsapparats vor allem in den Grenzgebieten, sondern auch die Tatsache, daß jede Partei auf einen Fehler der anderen wartete. Die Verteilung von Wählerstimmen stand ja vor der Tür und eine andere Karte als die nationalistische konnte man kaum spielen. Obwohl man im Wahlkampf des Jahres 1946 vor einer Instrumentalisierung der deutschen Frage für parteipolitische Zwecke warnte, wollte keine Partei darauf verzichten.

Meisterhaft segelte auf der Woge der nationalen Erregung vor allem die kommunistische Partei, die sich als eine politische Kraft zu profilieren versuchte, die die Durchsetzung der Transfer-

Idee und ihre politische und technische Absicherung am besten zu meistern versprach.¹¹ Allerdings mußten sich die Kommunisten auch den Vorwurf gefallen lassen, sich erst sehr spät zur Transfer-Idee bekannt zu haben.¹² Es war vor allem die *Volkssozialistische Partei*, die sehr radikale Standpunkte formulierte¹³ und die Kommunisten und Sozialdemokraten wegen ihrer Bemühungen kritisierte, eine Sonderregelung für deutsche Antifaschisten in der Form einer Aussiedlung unter besseren Bedingungen durchzusetzen. Auch das Innenministerium, an dessen Spitze der Kommunist V. Nosek stand, blieb von dieser Kritik nicht verschont und die *Volkssozialisten* kritisierten, daß das Ministerium bei der Bestätigung der tschechoslowakischen Staatsbürgerschaft und der nationalen Zuverlässigkeit der Personen deutscher Nationalität sowie von Personen, die aus irgendwelchen Gründen ihre Nationalität wechseln wollten, zu großzügig vorgehe. Vor den Parlamentswahlen im Mai 1946 wurde die deutsche Frage also vor allem in der Propaganda der kommunistischen und volkssozialistischen Partei zu einem der wichtigsten Instrumente der Wählerbeeinflussung.

Etwas zurückhaltender verhielten sich die Volkspartei und die Sozialdemokraten, obwohl ihre grundsätzlichen Standpunkte von denen der Kommunisten und Volkssozialisten nicht sonderlich abwichen. Zu Recht bezeichnete ein Abgeordneter der Volkspartei die Aussiedlung der Deutschen daher als einen Erfolg „der gemeinsamen Bestrebungen al-

ler Teile und Parteien der Nationalen Front“.¹⁴ Ein Teil der Presse der Volkspartei machte allerdings unter Berufung auf die christlichen und demokratischen Grundwerte auf die unmenschliche Behandlung der Deutschen aufmerksam. Das war die erste kritische Wahrnehmung der Ereignisse der Sommermonate 1945 in der tschechoslowakischen Öffentlichkeit.

Relativ breiten Raum gewährte die von der Volkspartei herausgegebene Wochenzeitschrift *Obzory* der Kritik an der Behandlung der Deutschen. Einige der hier veröffentlichten Kommentare deuteten sogar an, daß die Beteuerungen der Regierung und des Präsidenten über die ordnungsgemäße Durchführung der Aussiedlung¹⁵ nicht den Tatsachen entspräche.¹⁶ Das Prinzip der Aussiedlung wurde jedoch auch hier nie in Zweifel gezogen.¹⁷ Auch die unabhängigen Intellektuellen und Publizisten schlossen sich der allgemeinen Befürwortung an. In einigen Fällen versuchten sie, den Blick in die Zukunft zu richten und warnten vor einem vollständigen Abbruch der Brücken zwischen Tschechen und Deutschen. Einige wiesen auch auf die demokratiepolitischen und moralischen Implikationen der Vertreibung und Umsiedlung hin, ohne jedoch in der Öffentlichkeit größere Resonanz zu erzielen.¹⁸

Die tschechoslowakische Öffentlichkeit teilte die von der staatlichen Propaganda geprägte Meinung, daß die Aussiedlung – weiterhin Umsiedlung genannt – eine gerechtfertigte Reaktion auf die Zerschlagung der Republik

und die sechsjährige Okkupationszeit sei und daß sie im Interesse der Sicherung einer friedlichen Entwicklung ganz Europas durchgeführt werde. Über die Art und Weise der Durchführung sprach jedoch niemand. Die Geschichte, die das Leben von Millionen Deutschen und auch Tschechen maßgeblich beeinflusste, schrumpfte in den Geschichtsbüchern, wenn sie überhaupt erwähnt wurde, auf wenige Zeilen zusammen.

Die einzige deutlich kritische tschechische Stimme zur Zwangsaussiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakei ertönte im Dezember 1945 aus London. General Lev Prchala, der wegen grundsätzlicher Meinungsverschiedenheiten mit Beneš aus der Emigration nie in die Tschechoslowakei zurückkehrte, protestierte gegen die Vertreibung.¹⁹ Im Namen des *Tschechischen Nationalausschusses* unterzeichnete Prchala im Jahre 1950 ein Abkommen mit der *Arbeitsgemeinschaft zur Wahrung sudetendeutscher Interessen*, das sogenannte *Wiesbadener Abkommen*, in dem beide Seiten „(...) die Rückkehr der vertriebenen Sudetendeutschen in ihre Heimat als gerecht und selbstverständlich“ betrachteten.²⁰ Der deklarierte Grundsatz, daß „(...) in der Emigration niemand berechtigt sei, ein Volk zu verpflichten (...)“, deutet darauf hin, daß Prchala die Entscheidung des Volkes nicht vorwegnehmen wollte. In den 1950er Jahren war Prchala allerdings nicht der einzige tschechische Exilpolitiker, der einen von der offiziellen Linie abweichenden Standpunkt einnahm. Auch andere

führende Persönlichkeiten des tschechoslowakischen Exils setzten sich mit der Aussiedlung kritisch auseinander (etwa B. K. Lisický), wobei einige die Möglichkeit einer individuellen Rückkehr der Sudetendeutschen nicht ausschlossen (etwa J. Stránský). Allerdings herrschte auch unter den Exilpolitikern keine Einigkeit über die sudetendeutsche Frage. In seiner Gründungserklärung vom 4. Juli 1952 bezeichnete der *Rat der freien Tschechoslowakei* – eine Organisation tschechoslowakischer Exilpolitiker mit Schwerpunkt in den USA – die Aussiedlung der Deutschen als unwiderruflich²¹, was ihre Vertreter auch später mehrmals unmißverständlich wiederholten.

Obwohl das Problem der Aussiedlung während des *Prager Frühlings* nicht thematisiert wurde, mußte sich auch die zweite große Emigrationswelle aus der Tschechoslowakei nach der Niederschlagung dieses Reformversuches mit ihm beschäftigen. Für den Auftakt zu einer relativ verspäteten und vielleicht auch überraschend geführten Diskussion sorgte der slowakische Historiker J. Mlynárik mit seinen Thesen über die Aussiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakei, die er im Jahre 1978 unter dem Pseudonym „Danubius“ in der Exilzeitung *Svedectví* veröffentlichte. Mlynárik bezeichnete die Aussiedlung der Deutschen als Verletzung eines elementaren Menschenrechtes, nämlich des Rechtes auf Heimat, und rief zu einer Anerkennung dieses Rechtes nicht nur im gegenwärtigen, sondern auch im histori-

schen Sinn auf. Er bezeichnete dieses Ereignis nicht nur als eine Tragödie der Deutschen, sondern auch des tschechoslowakischen Volkes, das seine humanitären und nationalen Ideale verraten und damit den Sinn seiner historischen Berufung vergessen habe.²² Mlynárik's Thesen lösten eine erregte Diskussion unter den im Exil und in der Tschechoslowakei lebenden Oppositionellen aus. Besonders scharf wurden sie von M. Hübl, einem führenden tschechoslowakischen Oppositionellen, kritisiert, der es ablehnte, „(...) die Geschichte zu schulmeistern, d. h. ihren Hauptakteuren im nachhinein Ratschläge zu erteilen (...) und das Geschehene rückgängig machen zu wollen“.²³ Die Diskussion, die diese Kontroverse eröffnete, dauerte die ganzen achtziger Jahre hindurch an. Sie zeigte, daß eine Rückkehr zu den demokratischen und humanistischen Traditionen der tschechoslowakischen Gesellschaft an der Frage des Schicksals der deutschen Minderheit nicht vorbeigehen kann.

Nach dem November 1989 war es nur mehr eine Frage der Zeit, ab wann die Diskussion über die Vertreibung der Deutschen die gesamte tschechoslowakische Öffentlichkeit erfassen würde. Dieser Moment kam unerwartet und rasch durch eine Erklärung des bayrischen Ministerpräsidenten und einen Brief von Václav Havel. Weite Teile der tschechoslowakischen Gesellschaft beteiligten sich um die Jahreswende 1989/90 an der Debatte, ob sich die Tschechoslowakei in irgendeiner Art für die Aussiedlung der Deutschen entschuldigen sollte.

Diese Debatte bezeugte nicht nur die Bandbreite möglicher Antworten, sondern auch die große Unklarheit, wie man an dieses Problem herangehen sollte. Niemand wußte und weiß bis heute, ob die Auseinandersetzung mit den ethischen und moralischen Dimensionen historischen Geschehens auch juristische oder materielle Folgen haben werde, wie es einige Repräsentanten der sudeten-deutschen Landsmannschaften verlangt haben. Die Gegner der historischen oder moralischen Neubewertung der Aussiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakei gruppierten sich vor allem um das Presseorgan der Kommunistischen Partei, *Rudé právo*, das die ganze Diskussion mit in Gang gebracht hatte und regelmäßig Kommentare und Leserbriefe veröffentlichte. Es ist schwer zu sagen, ob es sich um eine bewußte Kraftprobe vor den Wahlen oder um einen Versuch gehandelt hat, den neuen Präsidenten und die neue Demokratie zu diskreditieren. Es könnte jedenfalls sein, daß die von *Rudé právo* veröffentlichten Stellungnahmen für viele Menschen – vor allem in den Grenzgebieten – eine gewisse Orientierung in den kaum überschaubaren innenpolitischen Verhältnissen dargestellt haben. Bezeichnend war, daß kaum jemand genau wußte, wie Václav Havel zur Idee einer Entschuldigung gekommen war. Einigkeit bestand nicht einmal darüber, ob seine Initiative etwa nur eine private Angelegenheit dargestellt habe.²⁴ Nicht wenige Menschen hatten den Eindruck, daß der Modus einer Entschuldigung für einen historischen Akt möglicher-

weise falsch gewählt war. Diese Auffassung war auch der Stellungnahme des Bürgerforums zu entnehmen, das eine Entschuldigung für fehl am Platz hielt und als ungeeignete Form der Auseinandersetzung mit dieser Problematik bezeichnete. Das Bürgerforum verurteilte jedoch Gewalttaten und Ungerechtigkeiten, die im Zuge der Aussiedlung vorgekommen waren.²⁵ Eine ähnliche Position bezog auch die Volkspartei. Ihrer Meinung nach standen die Ereignisse in Aussig, Prag, Olmütz, Brünn und anderen Orten im Widerspruch zu den Menschenrechten und der Menschenwürde, womit sich die tschechoslowakische Gesellschaft auseinandersetzen müsse.²⁶

Weniger eindeutig war die Erklärung der Sozialistischen Partei (der Nachfolgerin der Volkssozialistischen Partei), deren Vorbehalt – „Falls es zu Delikten und Übergriffen kam, bitte, dafür können wir uns entschuldigen“ – den Eindruck erweckte, die Parteiführung sei nicht davon überzeugt, und würde etwaige Ausnahmefälle dem Werk von Kollaborateuren zuschreiben.²⁷ Eine Reihe von Leuten vertrat hingegen den Standpunkt, daß eine Entschuldigung von beiden Seiten angestrebt werden sollte, da die Ausweisung in einem bestimmten historischen Kontext und in Folge nationalsozialistischer Repressionen stattgefunden habe. Die wichtigste Persönlichkeit, die sich in diesem Sinne äußerte, war der Prager Erzbischof Kardinal Tomásek, der Havels Entschuldigung begrüßte und darauf aufmerksam machte, daß nicht nur schuldige Deutsche, sondern auch aktive

Gegner des Hitler-Regimes zu Opfern der Rache tschechoslowakischer Menschen geworden waren. Tomásek lehnte es ab, für solche Taten nur Kollaborateure verantwortlich zu machen und bezeichnete diese Handlungen als Schandfleck für den tschechoslowakischen Nationalstolz, den man durch Schweigen oder den Hinweis auf das dem tschechoslowakischen Volk zugefügte Unrecht nicht tilgen könne.²⁸ Abgesehen von derartigen Stellungnahmen brachten die im Lauf des Jahres in der tschechoslowakischen Presse und in wissenschaftlichen Publikationen kolportierten Aussagen über die Problematik der Aussiedlung und der tschechoslowakisch-deutschen Beziehungen ein beträchtliches Informationsdefizit sowie faktische und konzeptionelle Unklarheiten zutage – auch in den Reihen der Historiker. Im Juni 1990 nahm deshalb auf Initiative der Außenminister der ČSFR und der Bundesrepublik Deutschland eine gemeinsame Historikerkommission ihre Tätigkeit auf, deren Aufgabe vor allem die historische Untersuchung der gemeinsamen Beziehungen sowie die positive Beeinflussung der tschechisch-deutschen Beziehungen ist.²⁹

Zu den Faktoren, die den Verlauf der Diskussion über die Probleme der Aussiedlung wesentlich komplizierten, gehörte die Politik bestimmter Repräsentanten der sudetendeutschen Landsmannschaften, die kompromißlos die Anforderung stellten: „Wenn man die Vertreibung zu Recht als ‚zutiefst unmoralische Tat‘ verurteilt, muß man auch Wege suchen, aus ihr resultie-

rende Unrechtsfolgen und Schäden so weit als möglich zu beheben.“³⁰ Diese Behebung schloß nach den Vorstellungen einiger Funktionäre die Möglichkeit der Wiedereingliederung der rückkehrwilligen Sudetendeutschen in die Tschechoslowakei und die Anerkennung der Unrechtmäßigkeit der Enteignung sudetendeutschen Eigentums ein, was eine Grundlage für Gespräche über die mögliche Rückgabe des Vermögens oder von Entschädigungen schaffen sollte.³¹ Diese Forderungen waren der tschechoslowakischen Öffentlichkeit nicht in allen Einzelheiten bekannt. Nichtsdestoweniger wuchs vor allem in den Grenzgebieten die Verunsicherung, obwohl sich schon Anfang 1990 einige führende Politiker gegen eine Rückkehr der Sudetendeutschen oder deren Entschädigung ausgesprochen hatten.³² Die Frage des sudetendeutschen Vermögens kam im Herbst 1990 nochmals zur Sprache, als in der Tschechoslowakei das Restitutionsgesetz erörtert wurde. Alle im Parlament vertretenen Parteien verlautbarten jedoch, daß eine Rückgabe des Vermögens an ehemalige tschechoslowakische Staatsbürger deutscher Nation nicht in Frage käme.³³

Auf der Ebene der tschechoslowakisch-deutschen Beziehungen sollte ein zwischenstaatliches Abkommen einen Schlußstrich unter die mit der Ausweisung der Deutschen verbundenen Fragen ziehen. Das Problem der Aussiedlung im Sinne von Vergangenheitsbewältigung kann damit jedoch nicht gelöst werden. Die Diskussionen des Jahres 1990 haben gezeigt, daß ein

Teil der tschechoslowakischen Öffentlichkeit aus unterschiedlichen Gründen zu Rechtfertigungen der Vergangenheit neigt, die man nicht rechtfertigen kann. Zum Teil spielt hierbei eine Unkenntnis der Ereignisse zur Mitte der 1940er Jahre eine Rolle, zum Teil aber auch mangelnde Einsicht in die Wichtigkeit humanistischer und moralischer Grundprinzipien für die Entwicklung nationaler Gesellschaften und ihrer Nachbarschaftsbeziehungen.

Die Geschichte der Aussiedlung der deutschen Minderheit könnte dem tschechoslowakischen Volk eine einmalige Gelegenheit bieten, sich als handelnde Subjekte historischer Prozesse zu begreifen, die nicht zu den ruhmreichen Perioden seiner Geschichte gehören. Im Gegenteil: Die Zeit der Aussiedlungen war eine Zeit, in der die Grundprinzipien der Demokratie, der Humanität und der Moral zugunsten enger nationaler Motive vernachlässigt wurden, in der die tschechische Gesellschaft von Willkür, Rachsucht und zum Teil auch durch Gier nach fremdem Eigentum bestimmt wurde und ein Teil ihrer Bürger das Gesetz in ihre eigenen Hände nahm. Es ist notwendig, zu erkennen und auch offen auszusprechen, wo in der Vergangenheit Fehler begangen wurden, um daraus Schlußfolgerungen für zukünftiges Handeln zu ziehen. Ein einzelner Mensch wie auch ein ganzes Volk können nur dann derartige Fehler vermeiden, wenn sie sich selbst erkennen und zumindest in groben Zügen wissen, wozu sie gelegentlich fähig sind. Das ist natürlich nicht bloß die Sa-

che einer Erklärung oder einer offiziellen Entschuldigung, sondern die Aufgabe eines langfristigen Erkenntnisprozesses und der Herausbildung einer modernen demokratischen Gesellschaft.

Anmerkungen:

- 1 Zur Haltung von Beneš in diesem Zeitraum siehe B. Černý, Dr. Eduard Beneš und die deutsche Frage während des zweiten Weltkriegs, in: Aktuelle Forschungsprobleme um die erste tschechoslowakische Republik, München u. Wien 1969, 172 f.
- 2 B. Černý, Eduard Beneš a odsun Němců z ČSR, in: Dějiny a současnost 3 (1969), 10–11.
- 3 L. Kalvoda, Vecery na Highlands Heath, in: Czechoslovak Monthly 2–4 (1943), 40.
- 4 Černý, Beneš, wie Anm. 1, 11.
- 5 R. Bechyň, Pero mi zustalo, Praha 1947, 209.
- 6 Zitiert nach F. P. Habel, Dokumente zur Sudetenfrage, München 1984, 276.
- 7 Siehe zum Beispiel den Plan des Landeskommandos von Obrana národa, einer militärischen Untergrundorganisation in Mähren, in: V. Kural, Hlavní organizace nekomunistického odboje v letech 1939–1941, in: Odboj a revoluce, Zprávy 2 (1967), 34.
- 8 Das Widerstandprogramm „Za svobodu“ [Für die Freiheit], das wahrscheinlich im Zeitraum Mai 1940 bis Juni 1941 entstand und als „die größte ideologische Leistung des einheimischen Widerstandes während der ganzen Okkupationszeit“ aufgefaßt wird (Kural, Hlavní, wie Anm. 7, 86), enthält u. a. auch folgende Formulierung: „Das Volk als Ganzes trägt die Verantwortung, persönlich unschuldige, jedoch vom Ganzen nicht zu unterscheidende Leute inbegriffen.“ Zit. nach V. Vrabec, Vznik myšlenky odsunu Němců v domácím odboji, in: Dějiny a současnost 1 (1990), 51.
- 9 Kural meint, daß die Führung des nichtkommunistischen Widerstands zu dieser Zeit (Ende 1940) „Beneš Konzeption der Lösung der deutschen Frage zum größten Teil akzeptierte, jedoch mit Vorbehalten und Andeutungen, daß für sie eine gewissermaßen radikalere Lösung annehmbar wäre“. Kural, Hlavní, wie Anm. 7, 105.
- 10 Zur Haltung der Kommunisten und der Moskauer Führung der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei siehe Vrabec, Vznik, wie Anm. 8, 52.
- 11 Siehe etwa den Brief des ZK der KP(Tsch an alle Parteimitglieder zur Vorbereitung des achten Parteitag vom 15. 1. 1946 in: Rudé právo vom 16. 1. 1946, sowie andere Stellungnahmen in: Rudé právo vom 1. 5. 1946, 14. 5. 1946 und 24. 5. 1946.
- 12 Siehe die Rede von I. Ducháček (Volkspartei) vor der Vorläufigen Nationalversammlung am 8. 3. 1946 in: Habel, Dokumente, wie Anm. 6, 271.
- 13 Neben den programmatischen Dokumenten und Reden der führenden volkssozialistischen Politiker ist z. B. die Broschüre des Chefredakteurs von Svobodné slovo, dem Presseorgan der Volkssozialistischen Partei, I. Herben, Ďábel mluví německy [Der Teufel spricht deutsch], Praha 1945, zu erwähnen, wo u. a. gesagt wird: „(...) es gibt keinen Unterschied zwischen dem Deutschtum und dem Nazismus (...) es gibt keine guten Deutschen, es gibt nur schlimme und noch schlimmere (...) es gibt auch keine demokratischen Deutschen.“ (S. 6, 7, 9.)
- 14 Wie Anm. 13.

15 Die Kritik zielte vor allem auf die Rede von Beneš in Mělník am 14. 10. 1945 (gedruckt in: Mladá fronta vom 16. 10. 1945) und seine Rede vor der Vorläufigen Nationalversammlung am 28. 10. 1945 (gedruckt in: Svobodné noviny vom 29. 10. 1945) ab.

16 Siehe z. B. Z dopisů redakci (Brief von I. Hais), in: Obzory Nr. 10, 27. 10. 1945; Transfer Němců a tisk, in: ebd. Nr. 14, 8. 12. 1945.

17 „Obzory verteidigte nie überflüssige Grausamkeiten an Deutschen, sondern sprach sich für eine praktischere Methode eines ordnungsgemäßen und daher möglichst schnellen Transfers aus.“ Obzory Nr. 8, 14. 10. 1945.

18 Siehe z. B. F. Peroutka in: Svobodné noviny vom 7. 10. 1945.

19 W. Jaksch, Europas Weg nach Potsdam, Stuttgart 1958, 508.

20 Habel, Demokratie, wie Anm. 6, 316.

21 Ebd., 319.

22 Deutschlandarchiv 7 (1979), 724 f., 727.

23 Ebd., 728.

24 In einem Interview für das tschechoslowakische Fernsehen am 23. 12. 1989 betonte Havel ausdrücklich, daß es sich um seine private Ansicht handle. Vgl. dazu Rudé právo vom 3. 1. 1990.

25 Svobodné slovo vom 4. 1. 1990.

26 Lidová demokracie vom 6. 1. 1990.

27 Svobodné slovo vom 9. 1. 1990.

28 Mláda fronta vom 12. 1. 1990.

29 Bereits im März 1990 hatten die Außenminister der ČSFR und Österreichs die Tätigkeit einer tschechoslowakisch-österreichischen Historikerkommission beschlossen.

30 Sudetendeutsche Zeitung vom 31. 8. 1990.

31 Ebd.

32 V. Havel: „Ich denke, daß keiner der Umgesiedelten hierher zurückkehren sollte (...)“. In: Rudé právo vom 4. 1. 1990. Das Koordinierungszentrum des Bürgerforums: „Gleichzeitig halten wir eine Rückgabe des Vermögens an Bürger deutscher Nationalität für unannehmbar.“ In: Svobodné slovo vom 4. 1. 1990.

33 Lidové noviny vom 23. 11. 1990.